

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.10.2021

Inhalt

EWN

1 Atomkraft soll grün werden <i>Berliner Zeitung, 13.10.2021</i>	3
2 Macrons Renaissance der Kernkraft <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.10.2021</i>	5



📰 Berliner Zeitung | 13.10.2021 | S. 4

📄 Auflage: 82.579 | Reichweite: 277.533

👤 Michael Maier

Atomkraft soll grün werden

Zehn EU-Staaten wollen die Kernenergie zur Zukunftstechnologie erklären

Die aktuelle Energie-Krise könnte zu einer Renaissance der Atomkraft führen. Zehn EU-Staaten haben der EU-Kommission einen Offenen Brief geschrieben, in dem sie die Kernenergie über den grünen Klee loben. Es gäbe keine wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass Kernenergie „weniger klimafreundlich ist als andere Energieträger“, schreiben die Vertreter von Frankreich, Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Finnlands, Ungarns, Polens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens. Daher fordern diese Länder, Atomkraft als „grüne Investition“ anzuerkennen. Die Staaten führen auch eine geopolitische Dimension an: Die Nuklearenergie trage „erheblich zur Unabhängigkeit unserer Energieproduktion bei“, heißt es in dem Brief. Die Einstufung solle „bis Ende des Jahres“ erfolgen, forderten sie. Dies hätte zur Folge, dass neue Atomkraftwerke Investoren aus der EU anziehen könnten.

Die Anerkennung als „grün“ hätte vor allem für Investoren weitreichende Folgen und erhebliche Vorteile: Investitionen, die das offizielle Label Grün erhalten, sind deutlich besser eingestuft als andere Investments. Dies ist vor allem für die großen institutionellen Anleger von Bedeutung, die verpflichtet sind, nach bestimmten Kriterien zu investieren. So hat der große norwegische Pensionsfonds bereits vor Jahren besonders scharfe Umwelt-Kriterien eingeführt. Die Zentralbanken haben sich ebenfalls den Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben, weshalb grüne Investments zum Maß aller Dinge geworden sind. Auch die Gas-Industrie versucht daher aktuell, als „grün“ anerkannt zu werden – ein Ansinnen, das vor allem von Russland-Skeptikern bekämpft wird.

Vorreiter Macron

Gerade für Frankreich ist die Rehabilitierung der Atomkraft ein wichtiges Anliegen. Es spielt sogar im laufenden Präsidentschaftswahlkampf eine Rolle – und zwar ganz anders als früher: War die Kernkraft jahrzehntelang ein Feindbild, haben sich sogar die ehe-

mals militanten Atomkraft-Gegner um 180 Grad gedreht: Die französischen Grünen schieben den früher vehement geforderten Atomausstieg inzwischen verbal weit in die Zukunft. „Niemand sagt, dass wir morgen die Atomkraftwerke runterfahren“, sagt der grüne Präsidentschaftskandidat Yannick Jadot. Er rechnet mit 20 Jahren bis zum Ausstieg. „Und wenn es fünf Jahre mehr sind, dann ist das eben so.“ Eine derart positive Einstellung ist bei den deutschen Grünen noch nicht zu erkennen. Sollten sie in einer Regierung landen, könnte sich die Haltung aber rasch ändern: Im Gas-Bereich müssten die Grünen Russland als Partner anerkennen, was sie aktuell in keiner Weise tun. Die schärfste Kritik an Putin und Nord Stream 2 kommt von den Grünen – unter anderem von Cem Özdemir, Reinhard Bütikofer und Marieluise Beck.

Doch mit dem Kohleausstieg steht die Industriena-tion Deutschland vor einer großen Herausforderung: Was tun, wenn Windkraft und Solar weiter so massive Absicherung brauchen wie bisher? Im ersten Halbjahr 2021 hat der Energieversorger RWE schon einmal Alarm geschlagen: Die aus der Windkraft in Nord- und Zentraleuropa gewonnenen Volumina seine „deutlich geringer“ gewesen als erwartet – das Wetter spielt nicht mit. Die Atomkraft dagegen wird auch von den Klimaaktivisten von Fridays for Future schon dezent ins Gespräch gebracht: Greta Thunberg bezeichnete vor einigen Monaten die Kernenergie als Option und löschte ihren Tweet hastig nach ersten Protesten. Bei der jüngsten Demo der Bewegung in Berlin war unter anderem eine jugendliche Demonstrantin mit einem Pro-Atomkraft-Schild zu sehen. Sie wurde dann sehr öffentlichkeitswirksam von einem Mann niedergestoßen – niemand weiß, wer hinter den Demonstranten steht oder wer versucht, seine Botschaften in dem Umfeld zu platzieren.

Präsident Emmanuel Macron kündigte am Dienstag jedenfalls Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro in den Bau kleiner Atomkraftwerke und neue Tech-

nologien für den Umgang mit Atommüll an. Es ist das erste Mal seit Jahren, dass Frankreich massive Investitionen in Atomkraft ankündigt.

Neue Kleinkraftwerke

Macron verfolgt bei diesem Thema seine häufig genutzte Sowohl-als-auch-Strategie, um keines der Lager zu verprellen: Er will in Atomkraft investieren, aber nebenher sollen auch erneuerbare Energien ausgebaut werden. Dabei geht es ihm um den Kampf gegen Klimawandel ebenso wie um den Schutz der heimischen Industrie – und nicht zuletzt um die Strompreise.

Die Atomindustrie sei „ein Glück für das Land“, be-

tonte Macron am Dienstag in einer Rede im Elysée-Palast. Sie ermögliche es Frankreich, „zu den europäischen Ländern zu zählen, die am wenigsten CO₂ bei der Stromproduktion ausstoßen“. Im Vergleich zu Deutschland produziert Frankreich tatsächlich erheblich weniger Kohlendioxid – was vor allem daran liegt, dass 70 Prozent des Stroms aus den emissionsarmen Atomkraftwerken kommen.

Frankreich hat sich verpflichtet, bis 2035 den Anteil des Atomstroms auf 50 Prozent zu senken, ein Dutzend alte Reaktoren abzuschalten und zugleich die erneuerbare Energie auszubauen. Es ist nicht sicher, dass es wirklich dazu kommt – oder ob es der Atomkraft gelingt, plötzlich zum Kraftstoff eines neuen „grünen“ Lebensgefühls zu werden. (mit AFP)

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 13.10.2021 | S. 4

 Auflage: 210.488 | Reichweite: 940.692

 Von Michaela Wiegel

Macrons Renaissance der Kernkraft

Der französische Präsident wirbt für ein Gegenmodell zum deutschen Atomausstieg in Europa.

Paris. Wie eine Wahlkundgebung hat sich der französische Präsident Emmanuel Macron seinen Ausblick auf das kommende Jahrzehnt "France 2030" im neu gestalteten Festsaal des Élysée-Palastes organisieren lassen. Zum Auftakt gab es einen mit aufmunternden Tönen untermalten Filmclip, in dem sich in schneller Folge die Ikonen des fortschrittsgläubigen Frankreichs ablösten: das Überschallflugzeug Concorde, der Hochgeschwindigkeitszug TGV, Ariane-Raketen, Atomreaktoren, Rafale-Kampfflugzeuge, Airbus und zum Schluss Astronaut Thomas Pesquet, der vor Kurzem als erster Franzose das Kommando in der Internationalen Raumstation übernommen hat. Dann durften Studenten und Forscher berichten, wie sie sich 2030 vorstellen, bis dramatische Musik erklang und der Präsident ins Scheinwerferlicht schritt. "Heute ist der Beginn eines großen Abenteuers", meinte er. "Wir bereiten 2030 vor." 30 Milliarden Euro will Macron in Forschung und Innovation investieren, damit Frankreich als Industrienation im harten internationalen Wettbewerb nicht abgehängt wird. Industrialisierung und Innovation bedingten einander, betont er.

Zehn Ziele formuliert Macron in seinem ersichtlich keinem festen Redemanuskript folgenden Vortrag, bei dem er um das Rednerpult tänzelt. Eineinhalb Stunden dauert der Auftritt, am Ende klatscht der Saal. Am Dienstag wird klar: Die Zeit des frommen Werbens um einen gemeinsamen deutsch-französischen Weg wie vor den Präsidentenwahlen im Frühjahr 2017 ist vorbei. Frankreich will sich in den wichtigen Zukunftsreichen Klimaschutz und Energie nicht länger deutschen Vorstellungen anpassen, sondern schreitet mit eigenen Plänen voran. "Atomkraft neu erfinden" steht in großen Lettern an den Wänden und ist Ziel Nummer eins. "Atomkraft ist eine große Chance. Sie erlaubt uns, unter den EU-Ländern eines derjenigen zu sein, die am wenigsten Kohlenstoff ausstoßen", sagt Macron. Deshalb will er eine Milliarde Euro in Mini-Reaktoranlagen der Zukunft investieren, sogenannte kleine modulare Reaktoren (SMR) mit kürzeren Bauzeiten, größerer Sicherheit und geringerem Atommüll-Aufkommen. So jedenfalls schwärmt Macron von der

"Technologie der Zukunft", während seine Umweltministerin Barbara Pompili, eine frühere Grüne, mit verschränkten Armen und verkniffenem Gesicht hinter der Maske seinen Ausführungen folgt. Nicht nur Pompili kann sich daran erinnern, wie ihr ferner Vorgänger Nicolas Hulot im September 2017 versprochen hat, bis 2025 17 Atomreaktoren abschalten zu wollen. Damit sollte das Energiewende-Gesetz eingehalten werden, das den Anteil der Atomenergie an der Stromproduktion bis 2025 auf 50 Prozent herunterfahren sollte. Doch schon 2018 wurde das Gesetz geändert und die Frist bis 2035 verlängert und das Ziel auf 14 Reaktorschließungen reduziert. Angesichts von Rekordpreisen für Gas und andere fossile Energien feiert Macron jetzt die Renaissance der Atomenergie, ein Bereich, "in dem Frankreich und die Europäer eine Führungsrolle" übernehmen könnten.

Tatsächlich hat sich Frankreich innerhalb der EU schon Verbündete gesucht, die den deutschen Atomausstieg ablehnen. Finnland zählt dazu, aber auch Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei. Insgesamt 13 EU-Länder stehen an Macrons Seite. So klingt es ganz, als sei die Rede auch eine Botschaft an die künftigen Koalitionspartner in Berlin, ihren Atomausstiegsglauben nicht auf die gesamte EU zu übertragen. Mit seinem pronuklearen Coming-out nimmt der Präsident gut sechs Monate vor dem ersten Wahlgang der Präsidentenwahl vor allem seinen Konkurrenten von rechts Wind aus den Segeln. Der Senkrechtstarter in den Umfragen, Éric Zemmour, hat kürzlich moniert, er wolle nicht, dass Frankreich seine Souveränität im Energiebereich aufgebe, nur weil es einer "absurden Energiewende der Deutschen" folge. Marine Le Pen kritisierte bereits die Schließung der Atomreaktoren in Fessenheim im Februar 2020, die sie als "Unterwerfung" unter deutsche Wünsche verurteilte. Die rechtsbürgerliche Präsidentenanwärterin Valérie Pécresse hat bei einem ihrer Auftritte gesagt, als Präsidentin würde sie die Abschaltungsprojekte stoppen und den Bau sechs neuer Atomkraftanlagen genehmigen.

Bei den Grünen stieß Macrons Rede hingegen auf Kritik. "Es ist unverantwortlich, auf eine Nukleartechnologie zu setzen, die es noch nicht gibt", sagte der grüne Generalsekretär Julien Bayou. Macron hat auch geopolitische Interessen im Blick. Die deutsche Abhängigkeit von russischem Erdgas, die mit dem Pipelineprojekt Nord Stream 2 vergrößert wird, läuft seinem Streben nach europäischer Souveränität zuwider. Darum geht es Macron auch, als er den Ausbau der Wasserstofftechnologie als zweites Ziel vorstellt. Dank der nuklearen Stromerzeugung solle Frankreich zum europäischen Marktführer beim grünen Wasserstoff werden. Mindestens zwei riesige Fabriken sollen bis 2030 entstehen. Erneuerbare Energien würden nicht ausreichen, um genügend grünen Wasserstoff herzustellen. Macron will aber 500 Millionen Euro in erneuerbare Energien stecken.

Mit seinem Plädoyer für die Atomkraft hat der Präsident den Zeitgeist in seinem Land erfasst. Laut einer jüngsten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Odoxa ist die Zustimmung der Franzosen zur Atomkraft in den vergangenen zwei Jahren um 17 Prozent gestiegen. Das könnte auch an Veröffentlichungen wie dem Bestseller-Roman "Der Mohikaner" ("Le Mohican") liegen, in dem mit der Windkraft zu Gericht gegangen wird. In seiner jüngsten Veröffentlichung behauptet der Autor Fabien Bouglé, dass Deutschland einen "Wirtschaftskrieg gegen die französische Nuklearindustrie" führe. Eine Armee deutscher Lobbyisten versuche, in Brüssel Einfluss auf die EU-Kommission zu nehmen, damit Atomkraft nicht als nachhaltige Energiequelle anerkannt werde. Ziel sei es, Frankreich deutsche Windanlagen zu verkaufen.